

## **Kommuniqué der Konferenz der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und der Volksrepublik China in Warschau<sup>1</sup>**

28. April 1959

Am 27. und 28. April 1959 fand in Warschau eine Konferenz der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Staaten des Warschauer Vertrages und der Volksrepublik China statt.

Auf der Konferenz fand im Zusammenhang mit den bevorstehenden Genfer Verhandlungen zwischen Staaten des Ostens und des Westens über Fragen, die Deutschland betreffen, einschließlich des Friedensvertrages und der Berlin(West-)frage, ein Meinungs austausch statt.

[ . . . ]

Die Konferenz zeigte die völlige Übereinstimmung der Einschätzung der gegenwärtigen internationalen Lage und des Herangehens an die Lösung herangereifter Fragen im Interesse der Festigung des Friedens und der Gewährleistung der Sicherheit der Völker.

Die Konferenz stellt fest, daß sich im Ergebnis der auf die Einstellung des kalten Krieges und die Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung gerichteten Anstrengungen der friedliebenden Staaten die Perspektiven für die Minderung der internationalen Spannungen merklich verbessert haben.

Die Konferenzteilnehmer stellen mit Genugtuung fest, daß gegenwärtig im Ergebnis der Verhandlungen mit den Westmächten eine Übereinkunft über die Einberufung einer Außenministerkonferenz und einer Gipfelkonferenz erzielt worden ist. Die Völker erwarten von diesen Konferenzen solche Entscheidungen zu herangereiften internationalen Fragen, die die Atmosphäre in den Beziehungen zwischen den Staaten grundlegend verbessern und die so notwendige Wende zur Schaffung von Bedingungen für ein friedliches und ruhiges Leben der Völker in der Entwicklung der internationalen Lage gewährleisten wird.

Die Konferenzteilnehmer geben ihrer Überzeugung Ausdruck, daß die Annahme gemeinsamer Beschlüsse auf der Genfer Konferenz der Außenminister zu den beiden dringendsten und wichtigsten Fragen der Gegenwart — dem Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und der Beseitigung des Besatzungsregimes in

---

<sup>1</sup> Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Deutschen Demokratischen Republik, *Die Organisation des Warschauer Vertrages. Dokumente und Materialien, 1955-1985* (Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 1985), S. 50-53.

Westberlin — den Frieden in Europa auf eine feste Grundlage stellen wird.

Das Fehlen eines Friedensvertrages mit Deutschland wird von den friedensfeindlichen Kräften zur Wiedererrichtung des deutschen Militarismus, für das offene Erheben revanchistischer Forderungen und zur Umwandlung Westdeutschlands in den wichtigsten Atom- und Raketenstützpunkt der NATO ausgenutzt. Die Aufrechterhaltung der Reste des Besatzungsregimes in Westberlin schafft dort einen ständigen Spannungs- und Konfliktherd. Das weitere Aufschieben einer Friedensregelung mit Deutschland sowie der Lösung der Berlin(West-)frage kann die Kriegsgefahr in Europa nur verstärken.

Die an der Konferenz der Minister für Auswärtige Angelegenheiten teilnehmenden Staaten billigen und unterstützen einmütig die Vorschläge der Sowjetunion zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und zur Beseitigung des Besatzungsregimes in Westberlin.

Der sowjetische Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland sieht zuverlässige Garantien für die Sicherheit der europäischen Völker vor und gewährleistet die volle Wiederherstellung der Souveränität des deutschen Volkes und die Schaffung der für eine friedliche, demokratische Entwicklung Deutschlands notwendigen Bedingungen. Eine Friedensregelung mit Deutschland wäre ein wichtiger Schritt vorwärts zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage. Der Friedensvertrag würde beiden deutschen Staaten gleiche Verpflichtungen auferlegen und ihnen gleiche Rechte geben, was eine gute Grundlage für eine Annäherung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland schaffen würde.

Die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland würde dem Besatzungsregime in Westberlin ein Ende bereiten.

Die auf der Konferenz vertretenen Staaten sind der Meinung, daß es unter den gegenwärtigen Bedingungen die annehmbare Lösung der Berlin(West-)frage wäre, Westberlin den Status einer Freien Stadt zu gewähren, deren Sicherheit und ihre ungehinderten Verbindungen mit der Außenwelt von den Großmächten unter Mitwirkung der Organisation der Vereinten Nationen garantiert werden würde. Sie gehen davon aus, daß — wenn alle interessierten Staaten es wünschen — die Möglichkeit besteht, eine Übereinstimmung über wirksame Garantien zu treffen, die die Entwicklung der Freien Stadt Westberlin als unabhängige, politische Einheit gewährleistet, in deren Angelegenheiten sich kein Staat einmischen würde.

Die Konferenzteilnehmer stellen fest, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu den auf die Regelung der Berlin(West-)frage gerichteten Anstrengungen einen großen Beitrag geleistet hat. Sie begrüßen die Bereitschaft der DDR, den Status einer Freien Stadt Westberlin in vollem Umfang zu respektieren und an Garantien für seine Sicherheit teilzunehmen. Es ist bemerkenswert, daß in der letzten Zeit die Regierungen der USA, der Bundesrepublik Deutschland, Italiens und einiger anderer

Mitgliedstaaten der NATO in aller Eile Maßnahmen zur Errichtung amerikanischer Raketen- und Atomstützpunkte auf den Territorien der europäischen NATO-Staaten treffen. Man muß besonders darauf aufmerksam machen, auf welchen gefährlichen Kurs sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in dieser Hinsicht begibt, die gegenwärtig die Maßnahmen zur Ausrüstung der westdeutschen Armee mit Kern- und Raketen-Waffen zu forcieren beginnt. Gleichzeitig mit der Durchführung dieser Maßnahmen wendet sich die Regierung der Bundesrepublik Deutschland auch gegen alle Maßnahmen, die zur Minderung der internationalen Spannungen und zur Lösung der Abrüstungsfrage führen, wie auch gegen den polnischen Vorschlag zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa. Die Errichtung von Militärstützpunkten und Depots der Bundeswehr auf dem Territorium der westeuropäischen Länder stellt eine ernste Gefahr für die Sicherheit dieser Länder dar.

Nach all dem zu urteilen, bestehen Bestrebungen, die bevorstehende Konferenz der Vertreter von Ost und West in Genf vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Die Teilnehmerstaaten der Konferenz verurteilen einmütig eine solche auf die Komplizierung der Lage und die Fortsetzung der bankrotten "Politik der Stärke" gerichtete Politik. Die Mitgliedstaaten der NATO, die so handeln, erweisen der Sache des Friedens im allgemeinen und der Schaffung einer günstigen Atmosphäre für die bevorstehenden internationalen Verhandlungen in Genf im besonderen einen schlechten Dienst. Es versteht sich von selbst, daß die Regierungen dieser Länder eine große Verantwortung für diese Handlungsweise und diese Politik auf sich nehmen.

Die Minister für Auswärtige Angelegenheiten sind der Auffassung, daß Versuche, die Erörterung der dringenden Fragen einer Friedensregelung mit Deutschland und der Westberlinfrage mit solchen Problemen zu verknüpfen wie der Vereinigung Deutschlands, nicht zu einem erfolgreichen Verlauf der Genfer Konferenz beitragen können. Gegenwärtig, da auf den Territorien Deutschlands zwei selbständige deutsche Staaten bestehen, ist die Wiedervereinigung Deutschlands ein innerdeutsches Problem, das nur von den Deutschen selbst durch die Annäherung und Verständigung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland ohne jegliche Einmischung von außen gelöst werden kann.

Den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Regelung der Berlin(West-)frage kann man auch nicht von der Lösung des Problems der europäischen Sicherheit abhängig machen. Jede einzelne dieser Fragen ist an sich schon kompliziert, und der, der sie zu einem Paket zusammenfaßt, ist offen bestrebt, die Annahme gemeinsamer Beschlüsse sowohl über einen Friedensvertrag mit Deutschland als auch zur Westberlinfrage sowie über Fragen der europäischen Sicherheit zu erschweren.

Die Konferenzteilnehmer sind davon überzeugt, daß für die erfolgreiche Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland eine aktive Mitwirkung von Vertretern der Staaten, gegen die sich die Aggression Hitlerdeutschlands richtete, erforderlich ist. Die Konferenzteilnehmer sind der Meinung, daß Polen und der Tschechoslowakei, die die

ersten Opfer der Hitleraggression waren und mit ihren Kräften einen bedeutenden Beitrag zur Zerschlagung des gemeinsamen Feindes geleistet haben, die volle Teilnahme an der Konferenz der Minister für Auswärtige Angelegenheiten in Genf und an der Gipfelkonferenz als Nachbarstaaten Deutschlands gewährleistet werden muß. Die auf der Konferenz der Minister für Auswärtige Angelegenheiten vertretenen Staaten sind der Meinung, daß die Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland das Recht haben, den ihnen gebührenden Platz am Verhandlungstisch der Genfer Konferenz einzunehmen.

Die Konferenzteilnehmer geben der Hoffnung Ausdruck, daß alle Staaten, die auf der Genfer Konferenz vertreten sein werden, alle Anstrengungen für einen erfolgreichen Verlauf der Konferenz machen werden. Sie erklären ihrerseits, daß ihre Regierungen bereit sind, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um den Erfolg dieser Verhandlungen zu gewährleisten. Sie rufen die Regierungen der Großmächte und aller europäischen Staaten auf, nichts zu unternehmen, was zur Verschärfung der Lage in Europa führen und die sich abzeichnenden Perspektiven für eine Lösung der strittigen Fragen durch Verhandlungen zwischen Ost und West verschlechtern könnte.

Die Regierungen der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik China, der Volksrepublik Polen, der Rumänischen Volksrepublik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Republik werden den Kampf um den Frieden in der ganzen Welt unentwegt in der Überzeugung fortsetzen, daß sie in diesem Kampf die Unterstützung der Völker der ganzen Welt, die gegen die Gefahr eines neuen Krieges, auftreten, haben. Sie sind überzeugt, daß gegenwärtig Voraussetzungen für die Verhinderung eines Krieges und die Sicherung eines dauerhaften Friedens in der Welt gegeben sind.

*[Source: Official publication of the German Democratic Republic]*